

Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

02.04.2020

CDU Fraktion Berlin

57. Sitzung im Abgeordnetenhaus

Auch die Sitzung des Abgeordnetenhauses am 2. April 2020 stand natürlich unter dem Eindruck der Corona Krise. Inzwischen schon etwas eingespielt, fand die Sitzung wieder unter Einhaltung von Mindestabstand zueinander, mit verringerter Zahl von anwesenden Abgeordneten und wiederholter Desinfektion von Rednerpult und Türgriffen statt. Leider wieder auch unter Ausschluss von Besuchergruppen und interessierter Öffentlichkeit.

In der aktuellen Stunde wurde natürlich wieder über den Umgang mit der Corona Krise diskutiert, wobei bei dieser Debatte der Schwerpunkt auf der Bewertung der Maßnahmen der wirtschaftlichen Soforthilfe und der Ausblick auf die wirtschaftlichen Folgen lagen. So wies insbesondere der CDU-Fraktionsvorsitzende, Burkard Dregger, darauf hin, dass die jetzige Situation nicht nur für Kleinstunternehmer und soloselbständige existenzbedrohend ist, sondern besonders auch für den Mittelstand, die Kulturunternehmen, Gastronomie und Kreativwirtschaft. Es müsse daher unser aller Ziel sein, so Dregger, so schnell wie möglich einen Zeitpunkt zu erreichen, ab dem die Wirtschaft wieder hochgefahren werden könne.

Einig waren sich aber alle Debattenredner/innen in dem Appell, die getroffenen Vorgaben unbedingt bis zum 19. April einzuhalten, persönliche Kontakte zu meiden, Abstand zueinander zu halten und sich regelmäßig die Hände zu waschen. Und die Disziplin der Berliner Bevölkerung ist in dieser Hinsicht beachtlich!

In der Plenarsitzung standen dieses Mal aber auch wieder weitere Tagesordnungspunkte zur Debatte, über die wir Sie in diesem Parlamentsreport gerne wieder unterrichten.

Trotz der Beschränkungen wünschen wir ihnen und Ihren Lieben ein gesegnetes Osterfest und vor allem bleiben Sie gesund!

Ihre CDU-Abgeordneten
aus dem Berliner Süd-Westen

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



Oliver Friederici

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien

Adrian Grasse

Sprecher für Forschung

Cornelia Seibeld

*Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses
Sprecherin für Integration und Kirchen*

Stephan Standfuß

Sprecher für Sport und

*Sprecher 1. Untersuchungsausschuss
"Terroranschlag Breitscheidplatz"*

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie [anklickbare Links](#). Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Krisenstab des Abgeordnetenhauses**Das Abgeordnetenhaus als Notparlament****Cornelia Seibeld**

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat schon zum Beginn der Corona-Krise einen Krisenstab eingerichtet, der durch den Ältestenrat, also den Präsidenten, beide Vizepräsidentinnen sowie die Parlamentarischen Geschäftsführer und die Fraktionsvorsitzenden abgebildet wird.

Dieser Krisenstab tagt seit drei Wochen mindestens zwei bis dreimal wöchentlich. Unterdessen finden die Sitzungen in einer Mischform zwischen Präsenzsitzung und Telefonkonferenz statt.

Nahezu in jeder Sitzung diskutieren wir, wie die Arbeitsfähigkeit auch im Falle erheblich steigender Krankheits- und Quarantänezahlen aufrechterhalten werden kann. Denn wenn es auch vieler politischer Diskussionen derzeit nicht Bedarf, die wir in normalen Zeiten mit Fug und Recht führen, so gibt es doch Entscheidungen, die getroffen und Gesetze, die beschlossen werden müssen. Bestes Beispiel ist der Nachtragshaushalt, der laut Finanzsenator bis zu 1 Milliarde Euro umfassen könnte.

In diesem Kontext stellt es ein Problem dar, dass die Beschlussfähigkeit des Parlaments in der Verfassung festgelegt ist. Mehr als 50% der gewählten Abgeordneten müssen anwesend sein, das sind mindestens 81 Kolleginnen und Kollegen.

Während Brandenburg – allerdings bei anderen rechtlichen Voraussetzungen – bereits ein Notparlament beschlossen hat und die Beschlussfähigkeit abgesenkt hat, konnte in Berlin noch keine diesbezügliche Einigung zwischen den Fraktionen erzielt werden. Zu groß sind derzeit noch die Bedenken gegenüber einer Verfassungsänderung und den damit verbundenen Einschnitten in die parlamentarischen Befugnisse und Kontrollfunktionen.

Hochschulen und Bildung**Klare Absage an ein Nichtsemester****Adrian Grasse**

Die Arbeit im Wissenschaftsbereich ist nach wie vor geprägt von den aktuellen Entwicklungen der Corona-Pandemie, die alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellt. Während das Parlament in dieser Woche erneut verkürzt und unter Sicherheitsvorkehrungen getagt hat, erfolgt der Austausch der hochschul- und forschungspolitischen Sprecher mit dem zuständigen Staatssekretär auch weiterhin im Rahmen von Telefonkonferenzen.

Nachdem der Start des Sommersemesters bereits auf den 20. April 2020 verschoben wurde, müssen die Hochschulen ihre Lehr- und Lernformate nun unter Zeitdruck auf digitale Angebote umstellen. Adrian Grasse, forschungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und Mitglied des Wissenschaftsausschusses, hat den jüngsten Diskussionen über ein mögliches Nicht-Semester zum jetzigen Zeitpunkt eine klare Absage erteilt. Vielmehr sollten die Hochschulen nun die Gelegenheit nutzen und den digitalen Aufbruch wagen – unterstützt durch zusätzliche finanzielle Mittel seitens des Senats.



Auch wenn die Umstellung auf digitale Angebote und die Vorbereitung des Online-Semesters Schwierigkeiten mit sich bringen, dürfen den Studenten aus der Corona-Krise keine Nachteile entstehen. Es sollte daher auch im kommenden Semester möglich sein, Leistungsnachweise zu erbringen. Härten ließen sich durch Kulanzregelungen vermeiden.

Es ist absehbar, dass sich für viele Berliner Studenten die Dauer ihres Studiums angesichts der derzeitigen Bedingungen verlängern wird. Der Senat

muss jedoch ein Mindestmaß an Planungssicherheit gewährleisten und sicherstellen, dass Prüfungsansprüche bestehen bleiben, auch wenn zeitliche Fristen zur Erbringung von Prüfungsleistungen nicht eingehalten werden können. Das gilt auch für Freiversuche von Jurastudenten im Staatsexamen. Adrian Grasse hat den Berliner Senat daher aufgefordert, den Studenten zuzusichern, dass Prüfungsansprüche auch über die Regelstudienzeit hinaus ihre Gültigkeit behalten.

Verkehrspolitik

Nahverkehr ohne Infektionsrisiko

Oliver Friederici

Die CDU fordert: Kürzere Takte und Desinfektion zur Vermeidung der Corona-Ausbreitung. Oliver Friederici, Verkehrssprecher der CDU-Fraktion: „Berlins Nahverkehr darf in Corona-Zeiten keine Virenschleuder sein. Es ist richtig, wenn die BVG mehr Fahrzeuge einsetzt, um Gedränge und damit Infektionen zu vermeiden. Allerdings bleibt es verwunderlich, wenn es hier immer noch keine regelmäßigen Desinfektionen gibt wie in vielen anderen Städten.“



Natürlich können beispielsweise einzelne Haltegriffe oder Türöffner immer wieder neu mit Viren verunreinigt werden. Allerdings würden diese dann nicht tagelang überleben, wenn hier desinfiziert wird. Zudem wäre es sinnvoll, wenn die BVG gerade im Berufsverkehr nicht nur die Taktzeiten weiter verkürzt, sondern an stark frequentierten Bahnhöfen durch Ordner für eine bessere Verteilung der Fahrgäste sorgt.“

Verkehrspolitik

Pilotversuche in der Corona-Krise machen wenig Sinn

Oliver Friederici

verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt: „Grünen-Bezirksbürgermeisterin Herrmann lässt mit Unterstützung der Grünen-Senatsverkehrsverwaltung Radwege verbreitern für Radfahrer, die wegen der Corona-Krise wie alle anderen Berliner eigentlich zu Hause bleiben sollten.“

Die Kontaktsperre hat zu einer deutlichen Verkehrsentlastung der Straßen geführt, sodass Radler jetzt mehr als genug Platz hätten, um Ansteckungsgefahren zu vermeiden. In dieser untypischen Situation machen Pilotversuche im Straßenverkehr keinen Sinn.

Einmal mehr werden Anwohner und Geschäftsleute vor vollendete Tatsachen gestellt. Bürgermeisterin Herrmann scheint die selbstherrlichen Alleingänge ihres Grünen-Parteifreundes Stadtrat Schmidt fortzusetzen. Von ihm hat sie die Verantwortung für den Straßenverkehr übernommen, aus seinen Fehlern aber scheint sie nichts gelernt zu haben. Wir halten eine umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Modellversuchen für zwingend erforderlich.“

Verkehrspolitik

Keine Schließung des Flughafens Tegel in der Corona-Krise

Oliver Friederici

Auch wenn aktuell die Fluggastzahlen gesunken sind: [Der Flughafen Tegel muss offenbleiben](#) - für den allgemeinen Flugverkehr, aber vor allem auch für die stark wachsende Luftfracht (Cargo). Eine Schließung Tegels ist fahrlässig. Es kann sein, dass bereits nach Ostern wieder mehr geflogen wird. Wenn es wieder losgehen sollte, reichen die Kapazitäten des alten Flughafens Schönefeld nicht aus.

Eines scheint ja nach wie vor ungewiss: Wird der neue Flughafen BER wirklich ab dem 31. Oktober

eröffnen? Wenn ja – dann ist das sehr gut. Wenn nein – dann wäre die endgültige Schließung Tegels eine Katastrophe. Die Abfertigung sämtlichen Passagier- und Cargo-Flugverkehrs vom alten Flughafen Schönefeld würde unmittelbar zu einer Überlastung führen.

Verkehrspolitik

Nicht sperren, erst fragen

Oliver Friederici

Wir wollen keine Schließung der Friedrichstraße gegen Interessen von Handel und Anwohner. Wer dem Handel und Anwohnern in der Friedrichstraße wirklich helfen will, stimmt sich mit ihnen ab. Das haben Senat und Bezirk bei ihrem geplanten Modellversuch zur Straßensperrung leider unterlassen.

Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt: „Die jetzt bekannt gewordenen Einwände von IHK, Einzelhandelsverband und der Interessensvertretung **„Die Mitte“** sind schwerwiegend und überzeugend. Die Zukunft einer der wichtigsten Einkaufsstraßen Berlins hängt nicht allein von Verkehrsfragen ab. Ideologie hilft hier keinem, das unabhinstimmte Pilotprojekt muss vom Tisch. Gerade jetzt und nach der Corona-Krise braucht der stationäre Einzelhandel unsere volle Unterstützung.



Die Friedrichstraße ist nicht das Experimentierfeld einseitiger rot-rot-grüner Verkehrspolitik. Der erneute Versuch einer Sperrung verdeutlicht, welchen Stellenwert Bürgerbeteiligung bei Rot-Rot-Grün hat: Sie wird nur da akzeptiert, wenn zu erwartende Ergebnisse zum politischen Konzept

passen. Es bleibt völlig unklar, wie durch eine Straßensperrung Kundenzahlen und Umsätze gesteigert werden sollen. Senat und Bezirk sind hier Antworten schuldig.“

Flüchtlingsunterkünfte

Betreibern von Flüchtlingsunterkünften in der Corona-Krise den Rücken stärken

Cornelia Seibeld

Tempo-Homes und Gemeinschaftsunterkünfte machen die Vermeidung von sozialen Kontakten per se schwer. Gemeinsame Küchen oder Sanitäreinrichtungen, räumliche Enge; all dies schafft Verunsicherung, sowohl bei Betreibern und Sicherheitsfirmen in Flüchtlingsunterkünften, als auch bei Flüchtlingen.



„Der Senat muss dringend weitere Maßnahmen ergreifen, um der aufgeheizten Stimmung und Verunsicherung in den Unterkünften Herr zu werden.“, fordert Cornelia Seibeld, die Integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Trotz einer Informationskampagne des Senats wissen immer noch viele Betreiber von Unterkünften nicht, wie sie sich im Falle eines Verdachtsfalles oder gar einer bestätigten Infektion verhalten sollen und wie umfangreich die Quarantäne sich dann gestalten soll.

„Flüchtlingsunterkünfte dürfen nicht wegen der räumlichen Nähe zu Infektionshotspots werden“ betonte Cornelia Seibeld. Das gefährdet Mitarbeiter, Flüchtlinge und letztlich die gesamte Bevölkerung. Die Eröffnung einer zentralen Quarantäneeinrichtung ist hier sicherlich ein erster Schritt.

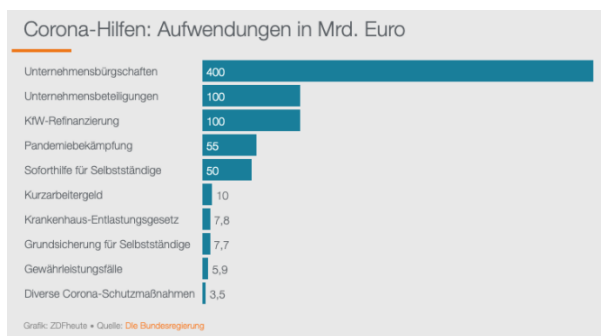
Corona-Krise

Wirtschaftskrise durch COVID-19

Stephan Standfuß

Das Corona-Virus ist für eine weltweite Krise verantwortlich. Nicht nur Leben und Gesundheit der Menschen sind gefährdet, sondern durch die weltweiten Ausgangs- und Kontaktsperrungen auch die Wirtschaft in bis jetzt nicht überschaubarem Ausmaß.

Die Bundesregierung hat deshalb über Maßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen und Unternehmen entschieden und zur Unterstützung von Krankenhäusern sowie zur Sicherung von Lebensunterhalt und Wohnung der Bürger. Diese Maßnahmen sollen zur Stabilisierung und Rettung der Deutschen Wirtschaft beitragen. Das gesamte Paket an Maßnahmen umfasst bis jetzt 750 Milliarden Euro. Es wurde eine Neuaufnahme von Schulden in Höhe von 156 Milliarden Euro für Fonds, Kredite und Soforthilfen vereinbart.



Die Folgen der weltweiten Ausgangs- und Kontaktsperrungen tragen aber nicht nur die geschlossenen Läden, Cafés, Restaurants, Clubs und weitere große Teile der Kultureinrichtungen, sowie die Profiligen, Fitnessclubs und Bäderbetreiber. Auch andere Branchen sind schwer betroffen, neben den großen Industrien beispielsweise die Reisebranche. Fluggesellschaften machen Milliardenverluste. Am Frankfurter Flughafen sind die Passagierzahlen in der 13. Kalenderwoche im Vergleich zum Vorjahr um 91 Prozent gesunken. Die realen Auswirkungen solcher wirtschaftlichen Einbrüche, gerade auch über längere Zeit können wir uns alle noch nicht vorstellen.

In Deutschland zeigten am Dienstag den 31.03.2020 mehr als 470.000 Unternehmen Kurzarbeit an. Die Arbeitslosigkeit wird wegen der Krise steigen, das bestätigte auch Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister in dieser Woche. Und Bundeswirtschaftsminister Altmaier informiert: "Wir werden erstmals wieder eine Rezession erleben."



In Berlin bemüht sich der Senat nach großen anfänglichen Schwierigkeiten, über die Investitionsbank Berlin (IBB) mit Corona-Soforthilfen vor allem die kleinen Unternehmen zu retten. Den Mittelstand hat man dabei leider vergessen, aber laut Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz in der gestrigen Parlamentssitzung würde man sich da auch noch etwas überlegen.

Man kann nur hoffen, dass die Betriebe das im Vergleich zu anderen Bundesländern eher gemächliche Tempo der rot-rot-grünen Regierung auch lange genug aushalten, damit die wirtschaftliche Krise in der Hauptstadt nicht schlimmer wird, als im übrigen Bundesgebiet. Schließlich ist Berlin nach wie vor größtes Empfängerland im Länderfinanzausgleich!

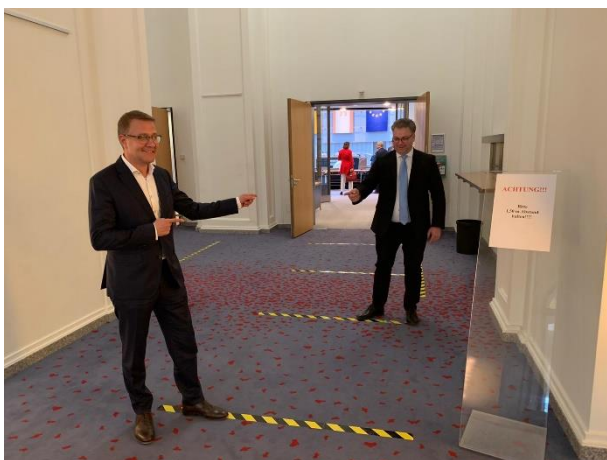
Dazu lässt sich der Senat von der Umsetzung weiterer ideologisch angehauchter Wirtschaftsbremsen nicht abhalten. Neben dem schon viel gescholtenen Mietendeckel hat der Senat gestern mit der Verschärfung des Ausschreibungs- und Vergabegesetzes natürlich gegen die Stimmen der CDU der Berliner Wirtschaft einen ordentlichen (Brems-) Klotz ans Bein gehangen. So mancher Betrieb wird die da geforderten Voraussetzungen niemals erfüllen können. Man würde sich wünschen, dass die Wirtschaftssenatorin Frau Pop auch mal mit den Unternehmern dieser Stadt spricht, bevor solche Umsetzungen erfolgen. Gute Ideen der CDU, zum Beispiel die Schulen und Bäder jetzt schnell zu sanieren, um nach der Krise gut gerüstet zu sein und gleichzeitig den Unternehmen zu helfen, werden abgelehnt.

So bleibt der hiesigen Wirtschaft fast nur die Eigeninitiative zur Rettung übrig. Und da gibt es ganz fantastische Ideen, gerade auch bei uns in Steglitz-Zehlendorf, um die Krise nach Möglichkeit zu überwinden. Oftmals sind auch Junge Union und andere Gruppierungen der CDU in solche Projekte eingebunden. Als Beispiel für viele gelungene und sinnvolle Initiativen möchte ich hier den Zusammenschluss der kleineren Unternehmen und Ladenbesitzer im Ortskern unter zehendorf.com nennen. Gemeinsam zeigt man hier dem Virus die Stirn und bittet Sie als Konsumenten:

Denke weit und kaufe nah.

In diesem Sinne bitten auch wir Sie, die lokale Wirtschaft zu unterstützen.

Ein unter den gegebenen Bedingungen schönes Wochenende und bleiben Sie gesund.



Abgeordnete haben eine Vorbildfunktion und halten sich an den Mindestabstand

Aktuelle Fragestunde

Pressefreiheit sichern und privaten Rundfunk schützen

Christian Goiny

Auch in Zeiten der Krise muss die Pressefreiheit gesichert und der private Rundfunk unterstützt werden!



Im Rahmen der Fragestunde erkundigte sich der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, beim Senat danach, ob diesem bekannt sei, dass infolge der zahlreichen geschlossenen Unternehmen den privaten Rundfunkanbietern fast sämtliche Werbekunden weggefallen sind und die drohende Insolvenz der privaten Rundfunkanbieter beachtliche Auswirkungen auf die Meinungsvielfalt insbesondere im Bereich des Rundfunks bedeuten wird. Der regierende Bürgermeister und der Finanzsenator zeigten sich beachtlich uninformiert über das Problem, hatte doch bisher Niemand aus dem Senat mit Vertretern der Branche gesprochen. Immerhin sagte der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, auf Nachfrage von Christian Goiny zu, die Idee eines befristeten Erlasses der Sendeinfrastrukturkosten und die Schaltung von Radiospots mit aktuellen Informationen zum Umgang mit der Corona Krise zu prüfen.

[Christian Goiny ab Minute 53,35 in der Fragestunde](#)

Aktuelle Fragestunde

Dienstreise per Bahn

Christian Goiny

Die Rotrotgrüne Koalition misstraut offenbar ihrem eigenen Senat. Anders ist der Umstand nicht zu erklären, dass die Koalitionsfraktionen mit einem Antrag den Rotrotgrünen Senat auffordern, innerdeutsche Dienstreisen nur noch per Bahn durchzuführen. Der Antrag war sogar noch die Priorität der Grünen in der Sitzung. In Zeiten, in denen der Flugverkehr ohnehin zum Erliegen gekommen ist und selbst in der Verwaltung Telefon- und Videokonferenzen in Mode gekommen sind, bleibt für Rotrotgrün Symbolpolitik wichtiger als wirkliche Problemlösung. Dabei ist für die CDU-

Fraktion eigentlich selbstverständlich, dass unnötige Dienstreisen gar nicht stattfinden sollen, elektronische Kommunikation natürlich auch Vorrang hat und umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bevorzugen sind. Gleichwohl ist die CDU-Fraktion auch der Auffassung, dass Wirtschaftlichkeit und Effizienz ebenfalls wichtige Kriterien für die Beurteilung des geeigneten Verkehrsmittels bei Dienstreisen sein müssen. Zwei Kriterien, mit denen Rotrotgrün leider ohnehin Schwierigkeiten hat, wie der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, bemängelt.

[Christian Goiny führte hierzu im Parlament aus](#)

Wirtschaft

Verschärfung des Vergaberechts

Christian Goiny

Mit der Verschärfung des Vergaberechts behindert Rotrotgrün eine schnelle Auftragsvergabe und schadet der Berliner Wirtschaft

In nur einer Woche, unter den beschränkten Arbeitsbedingungen der Corona Krise, hat Rotrotgrün im Abgeordnetenhaus eine weitere Verschärfung des Vergabegesetzes durchgedrückt. Die Vorschläge der CDU-Fraktion, im Wirtschaftsausschuss Experten dazu anzuhören und die Beschlussfassung zu vertagen, um möglicherweise eher Erleichterungen in das Gesetz zu schreiben, um nach der Corona Krise, die

Wirtschaft auch mittels öffentlicher Aufträge wieder anzukurbeln, wurden ignoriert.

Ebenfalls ignoriert wurden die Vorschläge, die die CDU-Fraktion bereits 2018 zur Erleichterung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dem Parlament unterbreitet hatte.

In der Debatte warnte der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, Rotrotgrün vor den Folgen dieser Gesetzesverschärfung hinsichtlich der Folgen für die Berliner Wirtschaft und äußerte die Vermutung, dass der Senat nach der Krise wahrscheinlich bald über vereinfachte Auftragsvergaben werde nachdenken müssen, um einen Beitrag zur Ankurbelung der Berliner Wirtschaft zu leisten.

Ähnlich sehen das auch die Vertreter der Berliner Wirtschaft, die in gemeinsamen Erklärung von IHK, Baukammer Berlin, Fachgemeinschaft Bau, Bauindustrie Ost, Unternehmerverband Berlin-Brandenburg, der Freien Berufe und des Garten- und Landschaftsbau Rotrotgrün aufgefordert hatten, von den zusätzlichen Beschränkungen für die Wirtschaft Abstand zu nehmen und stattdessen die Vergabekriterien zu reduzieren, den Schwellenwert für Verhandlungsvergaben bei Liefer- und Dienstleistungsverträgen auf 50.000 Euro zu erhöhen und die geplante Erhöhung des Mindestlohns bis zum Jahresende auszusetzen. Forderungen, die von der CDU in der Parlamentsdiskussion unterstützt wurden.

[Rede von Christian Goiny hierzu im Parlament](#)

[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

[Redebeiträge aus dem Abgeordnetenhaus können auf rbb-online angesehen werden.](#)

Impressum / ViSdP: Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses:

Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.

Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, buergerbuerou.hindenburgdamm@gmail.com;

Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, kontakt@starkes-zehlendorf.de